

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Kultur und Medien (21. Ausschuss)

- a) zu dem Antrag der Abgeordneten Günter Nooke, Bernd Neumann (Bremen), Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 15/4261 –

Klarheit für eine einheitliche Rechtschreibung

- b) zu dem Antrag der Abgeordneten Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Vera Lengsfeld, Dr. Karl Addicks, Dietrich Austermann, Dr. Wolf Bauer, Dr. Christoph Bergner, Rainer Brüderle, Dr. Uschi Eid, Jörg van Essen, Anke Eymer (Lübeck), Dirk Fischer (Hamburg), Axel E. Fischer (Karlsruhe-Land), Ulrike Flach, Rainer Funke, Dr. Wolfgang Gerhardt, Dr. Wolfgang Götzer, Joachim Günther (Plauen), Karl-Theodor Freiherr von und zu Guttenberg, Dr. Karlheinz Guttmacher, Klaus Haupt, Klaus-Jürgen Hedrich, Ulrich Heinrich, Uda Carmen Freia Heller, Birgit Homburger, Dr. Egon Jüttner, Steffen Kampeter, Hellmut Königshaus, Dr. Heinrich L. Kolb, Gudrun Kopp, Dr. Günter Krings, Sibylle Laurischk, Harald Leibrecht, Walter Link (Diepholz), Eberhard Otto (Godern), Dr. Peter Paziorek, Beatrix Philipp, Cornelia Pieper, Dr. Andreas Pinkwart, Johannes Singhammer, Dr. Hermann Otto Solms, Erika Steinbach, Max Straubinger, Dr. Dieter Thomae, Jürgen Türk, Dr. Gudio Westerwelle, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Volker Wissing
– Drucksache 15/4249 –

Die Einheit der deutschen Sprache bewahren

A. Problem

Der Antrag auf Drucksache 15/4261 verfolgt das Ziel, die Kultusminister der Länder zu bitten, schnellstmöglich eine klare Entscheidung über eine verbindliche Rechtschreibung zu treffen. Dabei soll auf eine breite gesellschaftliche Akzeptanz der Regeln geachtet werden.

Mit dem Antrag auf Drucksache 15/4249 wird die Bundesregierung aufgefordert, sich bei den Ministerpräsidenten und Kultusministern der Länder für eine Rücknahme der Rechtschreibreform und eine Rückkehr zu den zuvor gültigen Schreibregeln einzusetzen. Sollte dies nicht möglich sein, wird gefordert, eine

nichtstaatliche Instanz neu zu schaffen, die die Entwicklung der deutschen Sprache beobachtet und Veränderungen deskriptiv festhält.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 15/4261 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 15/4269 mit den Stimmen der Fraktion der SPD sowie einigen Stimmen der Fraktionen CDU/CSU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP sowie einigen Stimmen der Fraktionen CDU/CSU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie einigen Stimmenthaltungen aus der Fraktion der CDU/CSU

C. Alternativen

Annahme der Anträge.

D. Kosten

Kosten wurden nicht abschließend erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Antrag auf Drucksache 15/4261 abzulehnen,
- b) den Antrag auf Drucksache 15/4249 abzulehnen.

Berlin, den 15. Juni 2005

Der Ausschuss für Kultur und Medien

Monika Griefahn
Vorsitzende

Eckhardt Barthel (Berlin)
Berichterstatter

Dr. Peter Gauweiler
Berichterstatter

Dr. Antje Vollmer
Berichterstatterin

Hans-Joachim Otto (Frankfurt)
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Eckhardt Barthel (Berlin), Dr. Peter Gauweiler, Dr. Antje Vollmer und Hans-Joachim Otto (Frankfurt)

I. Beratungsverlauf

1. Überweisung

Die Anträge auf Drucksachen 15/4261 und 15/4249 sind in der 145. Sitzung des Deutschen Bundestages am 2. Dezember 2004 an den Ausschuss für Kultur und Medien zur federführenden Beratung sowie den Innenausschuss und den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur Mitberatung überwiesen worden.

2. Beratungsverlauf im Ausschuss für Kultur und Medien

Der federführende **Ausschuss für Kultur und Medien** hat die Anträge auf Drucksachen 15/4261 und 15/4249 in seiner 46. Sitzung am 15. Dezember 2004 erstmalig beraten. Er hat in seiner 59. Sitzung am 15. Juni 2005 ein öffentliches Gespräch mit dem Vorsitzenden des Rates für deutsche Rechtschreibung, Dr. h. c. Hans Zehetmair, geführt und im Anschluss an dieses Gespräch seine Beratungen abgeschlossen.

Antrag auf Drucksache 15/4261

Der Ausschuss hat den Antrag auf Drucksache 15/4261 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU abgelehnt.

Antrag auf Drucksache 15/4249

Den Antrag auf Drucksache 15/4249 hat der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktion der SPD und Stimmen aus den Fraktionen CDU/CSU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Fraktion der FDP und Stimmen aus den Fraktionen CDU/CSU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Stimmenthaltungen aus der Fraktion der CDU/CSU abgelehnt.

3. Voten mitberatender Ausschüsse

Antrag auf Drucksache 15/4261

Der **Innenausschuss** hat in seiner 64. Sitzung am 15. Juni 2005 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 15/4261 empfohlen.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat in seiner Sitzung am 15. Juni 2005 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 15/4261 empfohlen.

Antrag auf Drucksache 15/4249

Der **Innenausschuss** hat in seiner 64. Sitzung am 15. Juni 2005 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 15/4249 empfohlen.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat in seiner Sitzung am 15. Juni 2005 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen CDU/CSU und FDP die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 15/4249 empfohlen.

II. Wesentlicher Inhalt der Anträge

Antrag auf Drucksache 15/4261

Der Antrag auf Drucksache 15/4261 verfolgt das Ziel, die Kultusminister der Länder zu bitten, schnellstmöglich eine klare Entscheidung über eine verbindliche Rechtschreibung zu treffen. Dabei soll auf eine breite gesellschaftliche Akzeptanz der Regeln geachtet werden. Zurzeit herrsche Unzufriedenheit und Unsicherheit im Hinblick auf die Schreibregeln. Die Kultusminister der Länder sollten dafür sorgen, dass mit Hilfe einer eindeutigen und zügigen Entscheidung über die Regeln für die deutsche Rechtschreibung der Konsens der Sprachgemeinschaft wiederhergestellt werde.

Antrag auf Drucksache 15/4249

In dem Antrag auf Drucksache 15/4249 wird konstatiert, dass die Rechtschreibreform gescheitert sei. Sie habe ihre wichtigsten Ziele verfehlt und ins Gegenteil verkehrt, so die Unterzeichner des Gruppenantrags. Daher wird die Bundesregierung aufgefordert, sich bei den Ministerpräsidenten und Kultusministern der Länder für eine Rücknahme der Rechtschreibreform und eine Rückkehr zu den zuvor gültigen Schreibregeln einzusetzen. Sollte dies nicht möglich sein, wird gefordert, eine nichtstaatliche Instanz neu zu schaffen, die die Entwicklung der deutschen Sprache beobachtet und Veränderungen deskriptiv festhält.

III. Ausschussberatungen

Die Kultusministerkonferenz (KMK) hat am 2. Juni 2005 die Übergangsfrist für die Neuregelung der deutschen Rechtschreibung für beendet erklärt und die Reform zum 1. August 2005 in Kraft gesetzt. Angesichts vieler Zweifelsfälle und der noch nicht beendeten Arbeit des Rats für deutsche Rechtschreibung ist diese Entscheidung im Ausschuss für Kultur und Medien allgemein auf Unverständnis gestoßen. Dennoch lehnte eine Mehrheit der Mitglieder beide Anträge ab. Die Fraktion der SPD erklärte, der Antrag der Fraktion der CDU/CSU (Drucksache 15/4261) sei überholt, der Gruppenantrag (Drucksache 15/4249) sei zwar inhaltlich konsequent, komme aber ebenfalls zu spät. Außerdem sei der Deutsche Bundestag nicht der richtige Platz, sich mit Fragen der Rechtschreibung zu befassen. Kompetenzen habe der Bund auf diesem Gebiet jedenfalls keine. Die Fraktion der CDU/CSU warb für ihren Antrag (Drucksache 15/4261), weil nach der Entscheidung der KMK niemand mehr verbindlich sagen könne, welche Schriftsprachenvariante richtig und welche falsch sei. Dies treffe insbesondere Schülerinnen und Schüler, die damit die Konsequenzen politischer Fehlentscheidungen zu tragen hätten. Außerdem habe die

missratene Reform erheblich zur allgemeinen Politikverdrossenheit beigetragen. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wandte sich dagegen, dass der Staat in die Sprache eingreift. Ein Moratorium bis der Rat für deutsche Rechtschreibung seinen Bericht abgeschlossen hat, wäre aus ihrer Sicht klug gewesen. Die Fraktion der FDP unterstützte den Gruppenantrag (Drucksache 15/4249) und bedankte sich ebenso wie Vertreter anderer Fraktionen beim Vorsitzenden des Rates für deutsche Rechtschreibung für dessen persönliches Engagement und die Arbeit des Gremiums, an deren Ende hoffentlich eine Versöhnung von allgemeinem Schriftgebrauch und Schreibregeln stehen werde.

Berlin, den 15. Juni 2005

Eckhardt Barthel (Berlin)
Berichterstatter

Dr. Peter Gauweiler
Berichterstatter

Dr. Antje Vollmer
Berichterstatterin

Hans-Joachim Otto (Frankfurt)
Berichterstatter

